

Danziger Zeitung

N^o 16289.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen- gasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Telegramme der Danziger Ztg.

Petersburg, 3. Febr. (B. Z.) Ein kaiserlicher Erlass untersagt bis auf Weiteres die Pferdeausfuhr über die europäische und transkaukasische Grenze.

Politische Uebersicht.

Danzig, 3. Februar.

Die officiösen Kriegsdrohungen.

Gouvernementale Blätter, die sich noch einen Rest von selbständigem Urtheil bewahrt haben, wie z. B. der „Hamb. Correspondenz“, sprechen zwar die Ansicht aus, daß durch Artikel wie die neuesten „Krieg-in-Sicht-Artikel“ der „Post“ den Anhängern Boulanger's nur ein Gefallen erwiesen werde; aber dieser „Gefallen“ wird dem französischen Minister nur auf Kosten des europäischen Friedens erwiesen. Es ist nicht zu verwundern, wenn man in Frankreich selbst allmählich an der Friedensliebe Deutschlands irre zu werden beginnt und in den Artiteln der „Post“, „Köln. Ztg.“ u. a. nur ein Vorspiel für erstere Ereignisse erblickt. In Deutschland ist man es schon gewöhnt, dieses Wahrschreiergeschrei nach dem wirklichen Werth zu taxiren. So ist die Militärfrage zur Discussion im Reichstag stand, haben die gouvernementalen Feinde das Kriegsgeschrei beschworen, um dasselbe, sobald der entscheidende Beschluß im Reichstag gefaßt war, spurlos wieder verschwinden zu lassen. Die Franzosen, welche seit dem letzten Herbst als Friedensstörer angeklagt werden, sind nicht in der Lage, die Haltung der deutschen Regierungspresse, welche in dieser Hinsicht ganz allein steht, nach Gebühr zu würdigen. Und so ist es begreiflich, daß man jenseits der Vogesen dem Verdacht Raum giebt, Deutschland suche nach einem Vorwande für einen Krieg mit Frankreich, nachdem es ihm gelungen ist, Ausland zu befriedigen und bezüglich der Ausrüstung der Armee mit dem neuen Repetirgewehr einen erheblichen Vorsprung vor Frankreich zu gewinnen.

In Deutschland selbst wird diese Auffassung keinen Glauben finden, nachdem der Reichskanzler im Reichstage sein Wort dafür eingesetzt hat, daß er zu einem Angriff gegen Frankreich keine Zustimmung nicht geben würde. Für uns Deutsche mag das genügen. In Frankreich aber muß die bloße Vermuthung, daß es in den Berliner entscheidenden Kreisen Autoritäten geben könne, welche einem Angriff auf den unruhigen Nachbar in dem für Deutschland günstigsten Augenblick das Wort reden, beunruhigend wirken und zu Maßregeln führen, welche dann deutscherseits wiederum als Beweis für kriegerische Absichten Frankreichs verwertet werden. Unter diesen Umständen ist es keineswegs unmöglich, daß das officiöse Kriegsgeschrei, welches die Wähler zur Wahl conservativer Candidaten bestimmen soll, den Krieg, der nur an die Wand gemalt werden sollte, zum Ausbruch bringt.

Welch eine furchtbare Verantwortlichkeit die Kriegsbefehrer mit ihrem unerhörten Treiben auf sich laden!

„Es giebt keinen Krieg.“

Diese schönen, beruhigenden Worte des Kaisers wurden von einer gewissen Presse consequent unbeachtet gelassen. Natürlich, denn die passen schlecht zu dem von ihr erhobenen Kriegsgeschrei. Die „Post“, das laute der Kriegsbefehrerischen Organe, fühlt sich nur allerdings gemüthigt, davon Act zu nehmen. Sie kann die Nichtigkeit jenes Anspruchs nicht bestreiten; stattdessen aber die selbstverständlichen Consequenzen daraus zu ziehen, fällt sie mit den geübten Insulten über diejenige Blätter her, welche jene Worte ihrer Bedeutungslosigkeit entsprechend im Druck hervorgehoben hatten, und erhebt einen weiteren Vorwurf deshalb, weil die Nachricht von dem „Standard“-Correspondenten herrührt, der sonst gerade nicht der Liebling dieser Herren sei. Wir unererseits haben gegen diesen Correspondenten durchaus keine Antipathien gehabt. Wie gut er unterrichtet ist, das beweist recht deutlich wieder seine letzte Meldung, die die Praktiken der „Post“ so übel durchkreuzt hat. Bei einer wichtigen Nachricht ist es übrigens selbstverständlich gleichgültig, ob sie aus einem sympathischen oder antipathischen Blatte kommt. Wenn die „Post“ deshalb Veranlassung zu haben glaubt, mit Ausdrücken wie „Gefinnungslosigkeit“ und „Erbärmlichkeit“ um sich zu

werfen, so charakterisirt sie Niemand als sich selbst, was allerdings auch vollständig überflüssig ist, denn das moralische Niveau der „Post“ ist längst bekannt!

Durch ein solches Gebahren wird wahrlich die Bedeutungslosigkeit des kaiserlichen Wortes nicht abgeschwächt, und je wilder die Blätter dieses Ranges, wie die „Post“, in das Kriegsborn stöhen, um so eindringlicher weisen wir hin auf des Kaisers Ausspruch: Es wird keinen Krieg geben!

Ausländische Nachrichten zu den Kriegsgerüchten.

Von Nachrichten, die aus dem Auslande über das Kriegsgeschrei eingegangen sind, verzeichnen wir noch folgende: Aus Petersburg wird telegraphirt: Das „Journal de St. Petersburg“ spricht von den herrschenden Kriegsbefürchtungen und bemerkt, dieselben seien durch Zeitungsartikel hervorgerufen. Ohne Zweifel würden Rüstungen vorgenommen; dieselben seien aber durch die Vorsicht geboten. Allerdings könne dadurch Mißtrauen entstehen, aus welchem wiederum ein Conflict hervorgehen könne. Aber die Einsicht der Regierungen bestehe eben darin, der Lage Rechnung zu tragen, und es sei zu wiederholten Malen zu Tage getreten, daß keine Regierung einen Krieg wünsche.

Der „Neuen Fr. Presse“ wird aus London berichtet:

Ein hervorragender Diplomat versichert, die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich werde durch die Aufstellung der Barakken an der französischen Grenze vermehrt. Da Deutschland erklärt hat, weder jetzt noch künftig Frankreich anzugreifen, so sehe die deutsche Militärbehörde im Baue jener Hütten eine provocatorische Handlung. Natürlich könne Deutschland die Abtragung jener Barakken nicht direct verlangen, doch sei dem französischen Cabinet indirect hiervon Mittheilung gemacht worden, ebenso, daß zwei Großmächte, darunter England, die Anschuldigungen Deutschlands hierüber theilen. Der erwähnte Diplomat fügte hinzu, es sei anzunehmen, die französische Regierung werde aus eigenem Antriebe jene Schwierigkeit beseitigen. Nicht unmöglich wäre auch der freiwillige Rücktritt Boulanger's, als weiterer klarer Beweis der friedlichen Gesinnungen der jetzigen französischen Regierung.

Daß dies letztere von anderer Seite bezweifelt wird, ist schon in den heutigen Morgentelegrammen erwähnt.

Aus Paris meldet man dem „Berl. Tagbl.“:

Je heftiger die Prekassenfälle in Berlin sind, desto mehr mahnt die hiesige Presse zur Ruhe. Der Artikel der „Post“, obwohl als „unsam“ gerandamart, wird in politischen Kreisen doch nur als ein Wahlagitationsmittel angesehen. Hält man den politischen Himmel auch nicht für durchaus wolkenlos, so glaubt man doch an die Erhaltung des Friedens. Sämmtliche große Bankinstitute übertreten sich zu einem Vertreter der „Revue Economique“, das keinerlei geschäftliche Judicien für den Krieg vorliegen. Der Director der „Banque de Paris“ meinte, Fürst Bismarck würde sich nicht mit der Fälligkeit der Nation wegen des Septennats überworfen haben, wenn er einen Krieg im Frühjahr fürchtete oder beabsichtigte.

Außerdem ging uns nachstehende telegraphische Nachricht aus der französischen Hauptstadt zu: In einem allgemein für inspirirt geltenden Entreelet sagt die „France“, Nichts in den Beziehungen zu den Mächten rechtfertige die gegenwärtig herrschenden Denunziationen. Alle Gerüchte von Meinungsverschiedenheiten im Ministerium seien unbegründet. Das Pferdeausfuhrverbot in Ausland kann ebensowenig als ein beunruhigendes, auf Krieg hindeutendes Symptom, wie das deutsche, angesehen werden. Voraussetzlichlich wird es dieselbe Motivierung erfahren.

Zu der beabsichtigten kaiserlichen Proclamation

schreibt uns unser Berliner Correspondent: „In parlamentarischen Kreisen wird das Gerücht, daß auf den Erlass einer kaiserlichen Proclamation zu den Wahlen verzichtet worden sei, in Zweifel gezogen. Man will wissen, es sei die Absicht, die Proclamation erst unmittelbar vor den Wahlen, dann aber gleichzeitig in allen Wahlkreisen zu veröffentlichen, so daß die Presse nicht mehr in der Lage sein würde, den Inhalt der Proclamation zu erörtern. Daß diese Proclamation der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedarf, unterliegt keinem Zweifel.“

Die Jagd auf Renegaten.

Die „Liberale Correspondenz“ schreibt: Die Dreistigkeit, mit der eine gewisse Presse behauptet, daß die Mehrheit der Nation nicht auf der Seite der Mehrheit des Reichstags stehe, wird am treffendsten durch das Bestreben der gouverne-

mental Parteien gekennzeichnet, Abtrünnige der beiden Oppositionsparteien zur Uebernahme von Candidaturen zu bewegen, um dadurch die Wähler, welche sich durch den Schein trügen lassen, irre zu führen. Es wäre ein Leichtes, eine Reihe von Freisinnigen anzuführen, denen von nationalliberaler Seite Mandate, und zwar bisher in freisinnigen Händen befindliche, angeboten worden sind, wenn sie sich nur entschließen würden, für das Septennat, d. h. gegen die Partei zu stimmen, der sie bis jetzt angehört haben. Erfolg haben diese Versuche nicht gehabt; aber daß sie unternommen worden sind und noch unternommen werden, beweist am besten, daß die Gouvernemente wenig Vertrauen auf die Zugkraft ihrer Gründe haben. Mit offenen Augen geht der liberale Wähler nicht in die Falle.

Größere Hoffnungen als auf „Liberale“, die sich zu Einheitskämpfern für die gouvernementale Mehrheit hingeben, setzen die Verbündeten auf sog. katholische Candidaten, mit denen sie die bisherigen Vertreter des Centrums zu verdrängen hoffen. Es giebt fast keinen Centrumswahlkreis mehr, in welchem von den gouvernementalen Parteien nicht ein „Katholik“ aufgestellt worden ist, der sich sogleich als Vorkämpfer der katholischen Kirche geberdet, nachdem er von Beginn des Culturkampfes an auf der Seite der Gegner der katholischen Kirche gestanden hat. Nur eine neue Maske haben die Gegner aufgesetzt. Am liebsten möchte man den Papst veranlassen, sich in die Wahlangelegenheiten einzumischen und das Centrum, dessen Energie er die Befestigung der Maigesetze verdankt, zu desavouiren. Aber bisher hat Leo XIII. sich als guter Diplomat darauf beschränkt, den Schein zu vermeiden, als ob er das Centrum zum Widerspruch gegen die innere Politik der Regierung ermuntere. Vielleicht ist diese Zurückhaltung des Papstes zu bedauern. Die „Fasager“-Parteien unter dem Vortritt Sr. Heiligkeit in den Kampf gegen Freisinnige und Centrum marschiren zu sehen, wäre ein Schauspiel, welches auch dem Verstocktesten die Augen über die eigentlichen Absichten der Regierung öffnen würde. Der Satz, daß der Zweck die Mittel heiligt, ist in diesem Augenblick zu so allgemeiner Anerkennung gelangt, daß selbst die Rückberufung der Jesuiten in dieser Hinsicht keine Wirkung mehr haben würde.

Arbeiten des Herrenhauses.

Die Commission des Herrenhauses, welcher die Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz übertragen war, hat ihre Arbeit bereits erledigt, so daß der Bericht an das Plenum gestern festgesetzt werden konnte. Wie verlautet, wird die Commission beantragen, die Vorlage mit einigen nicht erheblichen Aenderungen anzunehmen. Der Bericht wird für die Sitzung des Herrenhauses am 14. d. auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Berathung der übrigen dem Herrenhause gemachten Vorlagen, namentlich des Gesetzentwurfs betreffend die Kompetenz der Selbstverwaltungskörper in Schulangelegenheiten, in den Commissionen des Hauses wird erst gegen Ende der nächsten Woche stattfinden. Soweit bis jetzt beabsichtigt, wird das Plenum des Herrenhauses nur 2 Sitzungen abhalten. Der eigentliche Zweck der Berufung war bekanntlich derjenige, die kirchenpolitische Vorlage entgegenzunehmen und die Commission zur Vorberathung derselben zu wählen.

Der Prinz Georg von Leuchtenberg

befindet sich gegenwärtig auf Reisen, was nach der Meinung eines russischen Blattes, der „Nowoje Wremja“, mit dessen Namhaftmachung für den bulgarischen Thron zusammenhänge. Biewohl das erwähnte Blatt neuerlich darauf zurückkommt, daß Ausland bisher keinen Candidaten aufgestellt habe, so ist es doch beachtenswert, daß die Aufmerksamkeit fortgesetzt auf den Prinzen von Leuchtenberg gelenkt wird, offenbar, um die öffentliche Meinung mit seiner Candidatur vertraut zu machen. Zu Gunsten des Prinzen wird angeführt, daß er der orthodoxen Kirche angehöre, den Rang eines mediocrisiten Fürsten einnehme und in der russischen Armee für die Befreiung Bulgariens gesonnen habe. Die „R. Ztg.“ bemerkt dazu: Wenn die „Nowoje Wremja“ in ihren, die Vorzüge des Prinzen schildern den Artikel einstellt, daß er demnach die gleichen Eigenschaften aufweise, wie der Prinz von Mingrelen, so hat das offenbar den Zweck, darzutun, daß die

Substitution seiner Candidatur für jene des Mingreliers kein Abgehen von den Absichten bedeute, welche mit der Concurrenz der Candidatur des letzteren verfolgt wurden.

Ein Opiumconflict mit China

taucht wieder am fernen Himmel Ostasiens auf. Wie aus Shanghai gemeldet wird, hat in commerciellen und amtlichen Kreisen die Haltung der chinesischen Behörden betreffs der Opium-Zölle große Besorgnisse hervorgerufen. Unverkümblich nach dem Erscheinen der Regierungs-Bekanntmachung, welche erklärt, daß nach einem gewissen Datum der höhere Zoll — d. h. ein dreimal größerer als der bisher bezahlte — allem von britischen Kaufleuten importirten Opium auferlegt werden würde, wurde von letzteren eine ungeheure Quantität Opium bondirt, um dem höheren Zoll zu entgehen. Jetzt ist angekündigt, daß die chinesische Regierung beabsichtige, die bondirten Vorräthe mit einer neuen Steuer von besonderer Natur zu belegen. Es ist wahrscheinlich, daß die Confuln gegen dieses Verfahren einen formellen Protest erheben werden, da es eine Verletzung des von Lord Salisbury und dem Marquis Lieng unterzeichneten jüngsten Abkommens ist — eines Abkommens, welches als eine volle und endgiltige Regelung der Schwierigkeiten angenommen wurde, über welche sich der kaiserliche Hof so lange beschwert hatte.

Der canadische Fischereiconflict

hat in letzter Zeit eine Gestaltung angenommen, welche einen Vergleich in weite Ferne gerückt zu haben scheint. Canada schlägt einen drohenden Ton an. Einer Meldung aus Ottawa zufolge bestreitet der Justizminister entschieden die Londoner Meldung, daß die canadische Regierung zu einer Beilegung des Streites mit den Ver. Staaten wegen der Fischereien Vorschläge gemacht habe. Er sagt, Canada werde niemals die Ankündigung, daß während der nächsten Fischerei-Saison Reichskreuzer mit den Schiffen Canadas zum Schutz canadischer Fischer cooperiren werden.

In der Union selbst sind manche Besorgnisse wegen dieser Haltung Canadas entstanden und abermals im Repräsentantenhause zum Ausdruck gekommen. Am 31. Januar brachte der Abgeordnete von Illinois eine Resolution ein, welche erklärt, daß der kriegerische Ton der canadischen Presse und die Thatsache, daß eine britische Flotte im nordatlantischen Ocean kreuzt, Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten beweise, welche ihre Ursache in der Fischereifrage hat. Die Resolution fügt hinzu, daß die amerikanischen Küsten thatsächlich ungeschützt sind, während die britische und die canadische Regierung im Besitz von Karten der amerikanischen Häfen und Vertheidigungswerke seien. Der Präsident wird ersucht, dem Hause mitzutheilen, welche Schritte er gegen die berührte Möglichkeit zu thun empfehle.

Deutschland

* Berlin, 2. Februar. Der Kaiser nahm heute den Vortrag des Grafen von Rechberg entgegen und arbeitete dann längere Zeit mit dem Chef des Civilcabinetts. Später ertheilte der Monarch dem von seinem hiesigen Posten abberufenen bisherigen mexikanischen Gesandten, General Francisco J. Mena, eine Abschieds-Audienz.

* [Im Palais des Kronprinzen] findet demnächst eine sehr interessante Theatervorstellung statt, welche von den Prinzessinnen und einigen Mitgliedern der Hofgesellschaft ausgeführt werden wird. Es sollen einzelne Stücke aus dem „Mikado“ gegeben werden; die Gesangsproben haben nach der „Post“ schon begonnen. Das Krollische Orchester wird dabei mitwirken. Für die Dilettantenbühne werden eigens Decorationen gemacht. In den hohen und höchsten Kreisen der Gesellschaft sieht man dem Mikado-Abend im kronprinzlichen Hause mit einer leicht begreiflichen großen Spannung entgegen.

* Berlin, 2. Februar. Der Bundesrath hält morgen wieder eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung befinden sich u. A. folgende Gegenstände: Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in den Wäschefabriken; Bericht über die Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamts im Jahre 1886 und Be-

Concert.

Der Name Pablo de Sarasate übt noch immer eine magnetische Anziehungskraft aus. Wo der Künstler auch seine Geige erklingen läßt, überall geschieht es vor vollen Sälen und unter enthusiastischem Beifall des Publikums. So waren auch bei dem gestrigen Sarasate-Concert, unter Mitwirkung der Pianistin Frau Berthe Marx aus Paris, die weiten Räume des Schützenhaussaales dicht besetzt, ein Ereigniß, wie es bei solchen Gelegenheiten wohl nur selten vorkommt. Der berühmte Künstler erzielte durch sein herrliches Spiel dieselbe elektrisirende Wirkung, wie bei seinen früheren Besuchen Danzigs. Wieder überließ man sich mit innigem Behagen dem Zauber dieses süßen, ideal schönen Tones, von strahlender Reinheit bis in die höchsten Regionen hinauf; wieder erregte der Glanz einer geradezu fabelhaften Technik staunende Bewunderung. Wie früher Paganini der Eigenvirtuosität neue Seiten aufschloß, so zeigt sich auch Sarasate, der moderne Paganini, in dieser Beziehung selbstschöpferisch, und er bringt in seinen Compositionen manche Effecte zur Anwendung, die den Reiz der Neuheit für sich haben. Durch seine langen Beziehungen zu Deutschland hat der spanische Künstler auch das Wesen deutscher Kunst in sich aufzunehmen angefangen, was ihm denn auch mehr oder weniger geblieben ist. Eins oder das andere von klassischen deutschen Werken befindet sich jetzt auf jedem seiner Programme; aber Größe und Tiefe der Auffassung liegt nicht in der Individualität dieses Geigenkünstlers, der in seinem

Vortrage vorwiegend der Sentimentalität, wenn auch edler Art, huldigt und außerdem den reichen Schätzen der Technik eine hervorragende Stelle einräumt, allerdings mit einer unvergleichlichen Meisterhaftigkeit und Genialität. Ein Vergleich mit Joachim ist bei Sarasate nicht zu ziehen, so viel steht aber wohl fest, daß beide Künstler gleich groß dastehen, jeder in seiner Art, und daß sie unbestritten den allerersten Rang unter den Geigern der Gegenwart einnehmen.

Das Concert begann mit der Schubert'schen sehr interessanten C-dur-Fantasie für Violine und Piano, die, so viel sich Referent erinnert, hier bisher öffentlich nicht zum Vortrage gekommen ist. Der erste Satz leidet etwas an den bei Schubert bekannten „himmlischen Längen“, hat aber ein imponirendes, in ein glänzendes Virtuosenwand geülltes Musikstücken, das bei so meisterhafter Ausführung und dem immigen Verständnis beider Spieler untereinander sehr gemüthbringend war. Die Krone des Werkes aber ist der Mittelsatz, aus reizenden Variationen über das viel bekannte Schubert'sche Lied: „Sei mir gegrüßt“ bestehend. Beide Spieler finden hier ungemein dankbare Aufgaben, nach der Gefühlseite wie nach Offenbarung einer soliden und geschmackvollen Virtuosität. Die Wiedergabe war vollendet schön, auch der ihren Part mit Grazie, und der Geige gegenüber mit musterhafter Discretion durchführenden Pianistin Frau Marx das beste Zeugnis ausstellend. — Als erste Solonummer hatte Herr Sarasate ein Concertstück von Saint-Saens gewählt, das ihm nach allen Richtungen hin Gelegenheit gab, die Zuhörer

mit seinen exquisiten tönlischen und Virtuosenfähigkeiten förmlich zu überschütten. Der geistvolle Componist, der, wie Gounod, mancherlei von deutscher Musik profitirt hat und deshalb häufig Zugang in die deutschen Concertsäle findet, zeigt sich in diesem Concertstück von einer respectablen Seite, freilich mehr pikant und glänzend, als tief und feelebend. Von einem Pablo de Sarasate gespielt, wird die Composition überall Furore machen. Als entzückende kleine Specialität in der Ausführung sei hier nur die herrlich klingende lange Trillerkette angeführt, welche das Andante einleitet. — Der Sarasateschen Composition „Moincira, air montagnard varié“ wohnt ein erheblicher Kunstwerth nicht bei, aber sie trägt Alles zusammen, was an Virtuosenkünsten irgend zu erdenken ist. Wollte man davon ein erschöpfendes Bild geben, so bedürfte man eines besondern Feuilletonartikels dazu. Diese wohl nur Sarasate allein zugänglichen Variationen sind als eine Art Seitenstück von Paganini's „Carneval in Venedig“ zu bezeichnen. Der Künstler hüllte die verblüfften Hörer damit in ein berausches Brillantfeuerwerk. Musikalisch werthvoller war eine auf stürmischen Verlangen gewährte Zugabe, die dem Referenten unbekannt war. — Frau Berthe Marx hat schon bei ihrer ersten Anwesenheit in Danzig, gleichfalls im Verein mit Sarasate, sich als eine sehr talentvolle Pianistin von eminenter Technik ausgezeichnet, deren Aufschlag große Energie mit bescheidener Zartheit verbindet, und die dem modernen Virtuosenkühn vollkommen gewachsen ist. Mit der F-moll-Fantasie von Chopin, die erst

fürzlich von Heinrich Barth in vollendeter Weise gespielt worden ist, machte die Künstlerin weniger Glück, als mit drei kleinen Stücken von Raff (Süßes), Bernard (Impromptu) und Liszt (Caractelle), die trotz ungleichen musikalischen Werthes durch Rapidität und Pikanterie der Ausführung lebhaft ansprachen und durch eine gewünschte Zugabe vermehrt wurden.

* [Musikalische Abendunterhaltung.] Die Mitglieder des hiesigen Theaterschor's beabsichtigen, nachdem Hr. Director Hof bereitwillig seine Zustimmung gegeben hat, am 16. d. Mts. im Saale des Schützenhauses ein Concert mit Solovorträgen der ersten Kräfte unserer Bühne zum Besten der Pensionskasse des allgemeinen deutschen Chorsängerverbandes zu veranstalten. Herr Weingartner hat die musikalische Leitung übernommen, die Damen v. Weber und Bendel, die Herren Prodtmann, Ketty und Schönelle ihre Mitwirkung zugesichert. Nachdem die deutsche Bühnengemeinschaft aus eigenen Mitteln ihre Pensionskasse zu dem gegenwärtigen erfreulichen Stande gebracht hat, ist diese Pensionskasse des Chorsängerverbandes vor einigen Jahren gewissermaßen zur Ergänzung jener und auf denselben Principien gegründet worden und hat ebenfalls eine günstige Entwicklung genommen. Das Unternehmen verdient also schon seines Charakters wegen das Wohlwollen des Publikums. Andererseits haben aber auch die Herren und Damen des Chors als Entgelt für ihre mühevollen und wenig anerkannte Thätigkeit auf der Bühne Anspruch auf die freundliche Unterstützung des Publikums bei ihrem gemeinnützigen Unternehmen.

Kaufkraft über den Ge'gentwurf, betreffend die Aufhebung der bei Bauren beschaffigten Personen. Der letztgenannte Ge'gentwurf ist in den Ausfchüssen bereits durchberathen, woselbst er mancherlei Aenderungen erfahren hat.

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1886. Der Bericht über die Geschäfte des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1886 giebt einen interessanten Einblick in die überaus umfassende Thätigkeit des Amtes. Wir entnehmen dem Berichte u. A., daß die Zahl der abgehakten Planarzigungen 79 beträgt, die der Spruchzungen 12, die der sogenannten Vertragszungen der ständigen Mitglieder und Hilfsarbeiter des Amtes 90. Ueber die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung heißt es: „Wenn dem Vorstehenden nach das Amt mehrfach berufen war, die berufsgenossenschaftlichen Organe in ihrer Geschäftsführung zu unterstützen, so muß andererseits hervorgehoben werden, daß den Berufsgenossenschaften auf dem weiten Gebiet ihrer Verwaltung doch volle Freiheit der Bewegung gelassen und zahlreiche Anfragen und Prüfungen ihnen zur selbständigen Prüfung und Entscheidung überlassen wurden. Hierbei haben die Genossenschafts- und Sectionsvorstände im allgemeinen eine anerkanntenswerthe Umsicht bewiesen und ein gutes Verhältnis, sowohl zu den Schiedsgerichtsvorsitzenden, als auch zu den Verwaltungsbehörden, aufrecht zu erhalten gewußt. Insofern kann das Problem einer ausgeübten, mit Strafbefugnissen verbundenen und zum Erlaß einschneidender Vorschriften zur Verhütung von Unfällen berechtigten Selbstverwaltung ohne Mitwirkung eines staatlichen Beamtenelements als gelöst angesehen werden. Dabei haben die Vorsitzenden und Mitglieder der Genossenschafts- und Sectionsvorstände, sowie die Vertrauensmänner eine erhebliche ehrenamtliche Arbeitslast willig getragen. Die Geschäftsführung in den Genossenschaftsbureaus, in welchen zum Teil ehemalige Unfallversicherungsbeamte, zum Teil andere geschulte Kräfte angestellt sind, hat im Allgemeinen durchaus befriedigt. — Die dem Bericht beigegebene Nachweisung der vom Reichsversicherungsamt im Jahre 1886 ausgeführten hauptsächlichsten Arbeiten lautet:

1) 267 Recurse gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte wurden bearbeitet, darunter 98 erledigt. — 2) 1 Ge'gentwurf, betr. die Versicherungspflicht der bei Bauren beschaffigten Personen, wurde begutachtet, eine kaiserliche Verordnung (betr. die Ausführung des §. 17 des Ausdehnungsgesetzes) entworfen, 16 Ausführungs- u. Befehlsmachungen erlassen, 5 Denkschriften für den Bundesrath ausgearbeitet, 3 amtliche Neuänderungen auf Grund des §. 1 Absatz 7, §. 1 Absatz 8, §. 90 des Unfallversicherungsgesetzes erlassen, 29 Rundschreiben an obere Reichs- und Landes-Centralbehörden, 62 Rundschreiben an die Berufsgenossenschaftsvorstände bezugl. die Ausführungsbefehle der Reichs- und Staatsverträge, 13 Rundschreiben an Schiedsgerichtsvorstände und Arbeitsvertrags-Vollkommissare gerichtet, die in 350 Wahlprotokollen niedergelegte Resultate der Arbeitervertreter- und Schiedsgerichtsbeisitzerwahlen geprüft und bei vorhandener Richtigkeit Neuwahlen angeordnet. 7 General- bzw. Genossenschaftsversammlungen wurden abgehalten, zu dem Ende 65 480 Einladungschriften verandt, 5 Genossenschaftstatuten wurden genehmigt, zu 25 Genossenschaftstatuten wurden die beschlossenen Änderungen genehmigt; 55 Gefahrentarife und 6 Unfall- u. Verbütungsvorschriften wurden genehmigt. 3097 Katasterbeschwerden, beim Vorliegen der unteren Verwaltungs- u. Behörden wegen erfolgter Ablehnung von Betrieben, 761 Beschwerden gegen Strafverfügungen der Genossenschaftsvorstände und zahlreiche andere Beschwerden wurden erledigt, 237 Präjudize in das Präjudizbuch eingetragen, 5 Genossenschaftsvorstände, 53 Sectionsvorstände, 61 Schiedsgerichte wurden organisiert, 144 Wahlbeiräte für die Wahl von 243 Arbeitervertretern gebildet, 464 Krankentafeln mit Stimmzetteln u. Verzeichnissen, 2399 Stimmzettel bezugl. der Wahlen zum Reichsversicherungsamt aufgestellt und verandt, im Ganzen 26 819 journalisirte Eingänge und außerdem ohne besondere Journalisirung eine größere Anzahl Eingänge in Sachen der Arbeitervertreterwahlen bearbeitet.

Im Reichstagswahlkreise Herzogthum Saxe-Weimar haben die gubernementalen Parteien endlich einen Candidaten gefunden. Die Auffstellung des Grafen Wilhelm Bismarck war an der Weigerung des letzteren gescheitert, sich im Voraus über die Annahme eines so zweifelhaften Mandats zu erklären. Nunmehr hat Gutsbesitzer Wentorf-Notenhaußen seine anfängliche Weigerung, die Candidatur anzunehmen, zurückgezogen. Herr Wentorf ist ein hochorthodoxer und hochconservativer Mann, etwa von der Farbe des Grafen Bernstorff; er hat sich ebenso wie dieser bereit erklärt, eventl. der deutschen Reichspartei beizutreten. Daß die Nationalliberalen des Wahlkreises, welche bei der letzten Wahl die Auffstellung des Grafen Bernstorff beantragt haben, jetzt einen Gefinnungsgenossen desselben ihrerseits aufstellen, beweist nur, wie rasch auch dort diese Partei sich acclimatirt. Herr Wentorf übrigens, den die Conservativen selbst aus dem Reichstage befehtigt haben, weil er, ganz wie Hr. v. Meyer-Arnolds, dürfte sich zum Regierungs-Candidaten sehr wenig eignen und selbst von den Conservativen nicht überall unterstützt werden. Haben die leitenden Männer der Partei sich doch an der Auffstellung desselben nicht direct betheilig.

Umführung der neuen Infanterieausrüstung. Kürzlich haben im Kriegsministerium Beratungen hinsichtlich der Einführung der neuen Infanterieausrüstung stattgefunden. Dem Vernehmen nach hat sich die Commission einstimmig für Einführung derselben, mit einigen aus der Praxis hervorgegangenen Aenderungsverschlüssen, ausgesprochen. Die allerhöchste Genehmigung vorausgesetzt, soll die neue Ausrüstung in Höhe zur Einführung gelangen und die Beschaffung der für die neu zu formirenden Regimenter benötigten Ausrüstungsstücke möglichst nach dem neuen Muster erfolgen. Das Uebergangsstadium von der alten zur neuen Ausrüstung würde übrigens nur kurze Zeit dauern, da ein großer Theil der alten Stücke nach der neueren Probe aptirt werden kann.

WPC. Die wohlhabenden Klassen und die Lebensversicherung in Deutschland. Am Schlusse des Jahres 1885 waren bei sämtlichen deutschen Gesellschaften 736 231 Versicherungen auf den Todesfall über 2 816 081 049 Mk. Kapital in Kraft. Die durch schriftliche Versicherungensumme beläuft sich auf 3825 Mk. Es dürfte nicht uninteressant sein, zu untersuchen, in wie weit die besser situierte Bevölkerung von der Todesfallversicherung Gebrauch macht.

Rechnet man diejenigen Personen, welche jährlich etwa 5—600 Mk. zu Versicherungszwecken ausgeben können, zu der wohlhabenden Klasse und nimmt an, daß dieser Betrag für eine Versicherung als Prämie zu entrichten ist, welche über ein Kapital von 15—20 000 Mk. lautet, so ergibt sich folgendes Resultat:

Mit Summen von 10 001 Mk. aufwärts sind 30 624 Policen über 645 819 510 Mk. Kapital in Kraft gewesen und zwar für

21 970 mit 332 546 687 durch Verf.-S. v. 19 001—20 000
5 64 „ 157 068 017 „ „ 20 001—30 000
3 000 „ 156 204 805 „ „ 30 000 u. darüber

30 624 mit 645 819 510 Kapital.

Diese Zahlen zeigen, daß es in Deutschland

noch ein lobnendes Feld für die Lebensversicherung giebt.

Die wohlhabenden Klassen Deutschlands benutzen eben bis jetzt die Lebensversicherung bei weitem nicht in dem Maße, wie es in England und Amerika der Fall ist. Und doch kann der reiche und wohlhabende Mann, eben so gut wie der minder bemittelte, in die Lage kommen, die durch den Blick einer Lebensversicherung bewiesene Fürsorge derselben zu preisen, da Niemand weiß, ob er seine Güter bis an sein Lebensende behalten wird.

Die Reichslande und das Reich. Die Vorgänge in Straßburg und die von dem Landesausfchuss-Mitglied Jörn v. Bulach (Water) gestellte Forderung der Verwandlung des Landes in einen Bundesstaat erhalten eine interessante, obwohl selbstverständlich nicht beabsichtigte Beleuchtung durch einen anonym erschienenen Artikel des neuesten (Februar-) Heftes der „Deutschen Rundschau“. Der offenbar wohl unterrichtete Verfasser, der die Fortschritte des Deutschthums in den Reichslanden nicht gerade sanguinisch beurtheilt, ist trotzdem kein Gegner der Verleihung der vollen staatlichen Selbständigkeit an Elsas-Lothringen. Doch wirft er die allerdings berechtigte Frage auf, wie dieser Akt vor sich gehen könnte, ohne die Reichslande als einen neuen Kleinstaat der Zahl der übrigen deutschen Kleinstaaten zuzufügen, was vom Standpunkte des Reichsgedankens nicht wünschenswerth sein könnte. Der Weg, dessen Vorschreibung empfohlen wird, ist zwar originell genug, doch kann man voraussetzen, daß er nicht bloß in Elsas-Lothringen lebhaften Widerstand finden wird. Es wird nämlich in dem angezogenen Artikel vorge schlagen, Lothringen kurzer Hand dem preussischen Staatsverbande einzuverleihen, dagegen das Elsas zu einem selbständigen Staatswesen zu machen, dessen Oberhaupt der Kaiser sein soll. Das Elsas würde hiernach in Personalunion mit dem Königreich Preußen treten. Für diesen Modus wird angeführt, daß Lothringen mit dem Elsas nicht die geringste historische und politische Gemeinschaft habe, daß beide Länder unter der Vereinigung zu einem Verbande leiden, und daß es für die preussische Regierung nicht eine unüberwindliche Aufgabe sein würde, sich das kleine Lothringen zu assimiliren. Wenn die Frage der Selbständigmachung der Reichslande überhaupt ernstlich erwogen wird, dann wird man auch über diese Unterfrage der Zukunft von Reg. wohl am besten das Land selber hören und den Wünschen desselben nach Thunlichkeit entgegenkommen müssen.

Die Gasanstalten im deutschen Reich. Aus einer Statistik von Lothar Diehl, München 1885, ergibt sich, daß im Jahre 1885 die Zahl aller Gasanstalten in Deutschland 1257 betrug, davon 338 Communalanstalten, 329 Privatanstalten für Kommunen und 590 Privatanstalten für gewerbliche und andere Unternehmungen. Schaumburg-Lippe ist der einzige deutsche Bundesstaat, welcher zur Zeit der vorliegenden Erhebung überhaupt noch keine Gasanstalt besaß. 279 Communalanstalten hatten zusammen eine Jahreserzeugung von 325 169 042 Cubikmeter. Für 244 Communalanstalten betrug das Anlagekapital 142 441 151 Mk. Eine Zusammenstellung der Statistik für 287 Privatanstalten ergibt für dieselben eine Jahreserzeugung von 152 428 502 Cubikmeter. Das Anlagekapital betrug bei 227 Privatgasanstalten 67 336 461 Mk.

Was endlich zu der Gaserzeugung benutzte Material anlangt, so verwendeten von 385 deutschen Communalgasanstalten, für welche die betreffenden Mittheilungen vorlagen, 154 nur deutsche Steinkohle, 41 nur englische Steinkohle (davon 34 in Preußen, 4 in Mecklenburg-Schwerin, 1 in Lübeck und 2 in Hamburg), 79 deutsche und fremde Kohle gemischt, 1 (in Preußen gelegen) sonstige fremde Kohle und 10 andere Stoffe; von 296 Privatgasanstalten für Kommunen verwendeten 293 deutsche Steinkohle allein, 22 nur englische Steinkohle (davon 13 in Preußen, 8 in Mecklenburg-Schwerin, 1 in Mecklenburg-Strelitz), 48 deutsche und fremde Kohle gemischt, 4 (sämmtlich in Bayern gelegen) fremde Kohle überhaupt und 19 andere Stoffe.

Die Ren-Guinea-Compagnie veröffentlicht in einem oben ausgegebenen Heft neuere ihr zugegangene Nachrichten über Kaiser-Wilhelms-Land. Das Bemerkenswerthe an denselben ist die Schilderung einer Untersuchungsfahrt im Huon-Golf, welche zur geographischen Erforschung der südöstlichen Theile des Schutzgebietes in den Tagen vom 7. bis 13. Oktober v. J. unter Leitung des Landeshauptmanns Frhn. v. Schleinitz unternommen worden war. Auf dieser Expedition, bei welcher es sich hauptsächlich darum handelte, Küstengebiete zu finden, die ein Eindringen in das Innere des Landes ausfichtsvoller erscheinen lassen, als dies in der Region der Skulpturformation der Fall, und zu diesem Zweck sowohl die Configuration des Litorales, als die Bodengehaltung und das Wasserregime näher kennen zu lernen, ist es gelungen, 8 Häfen und 9 Flüsse ausfindig zu machen. Der größere Theil der Südküste des Huon-Golfes, auf welchen sich die Exploration vornehmlich bezog, ist von Bergketten umgeben, die im nördlichen Theil der Küste 300—700 Meter hoch sind. In die den Fuß dieser Bergzüge umfließenden Buchten münden vielfach kleine, aus den Bergen herabfließende Gewässer, welche bisweilen tief eingeschnittene Thalschluchten und dann wiederum breitere Thalebenen von großer landchaftlicher Schönheit bilden.

Ueber die geologische Bodenformation sowohl als über die Vegetation und die organische Schöpfung auf der recognoscirten Strecke werden noch nähere Ermittlungen anzustellen sein, um ein anschauliches Bild von diesem Theile des Landes zu gewinnen, und sind die bisher gesammelten Ergebnisse nur als ein vorläufiges Resultat des jüngsten Forschungszuges anzusehen. Dasselbe ist mit den fotografischen Aufnahmen der Fall, die von der Küste und den ihr vorliegenden Inseln, Hüfen u. angefertigt worden sind.

Erst auf Grund fortgesetzter Beobachtungen und Controlmessungen wird es möglich sein, die Grenzlinie zwischen Land und Meer scharf festzustellen und ein annähernd geographisch correctes Bild von den unbekanntem Theilen des Huongolfes herzustellen. Von großem Interesse scheint der Polareichthum des Waldes zu sein, der das Küstengebiet bedeckt, weil die Dattelpalme in denselben vorherrschend ist, auch scheint es, als ob der Transport der Stämme zur Meeresküste mit keinen Schwierigkeiten verbunden sein wird.

Statistik der Neuguinea-Compagnie. Bekanntlich ist der der Neuguinea-Compagnie ertheilte kaiserliche Schutzbrief auf die Salomoninseln ausgedehnt worden; in Folge dessen ist eine Ergänzung des betreffenden Statuts der Compagnie erforderlich, welche jetzt der Genehmigung an maßgebender Stelle unterbreitet ist. Die Erweiterung der Aufgaben der Neuguinea-Compagnie bedingt naturgemäß auch eine Vermehrung der Betriebsmittel.

Leistungen für die Bisthümer. Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Nachweisung der eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bisthümer und Seigliere beläuft den Zugang im Jahre 1885—1886 auf 15 597 Mk. Der Gesamtbestand beträgt jetzt 16 049 799 Mk.

Die Staatsleistungen sind bekanntlich in der Erzdiocese Osnabrück vom 1. Januar 1886 ab, in den übrigen Diocesen aber schon vor dem Rechnungsjahre 1. April 1885/86 wieder aufgenommen. Bezüglich des Bisthums Osnabrück waren im Kap. 115 des Etats von einer Sollausgabe von 199 604 Mk. 111 027 Mk. im

Kap. 116 von einer Sollausgabe von 44 991 Mk. 25 327 Mk. im Kap. 124 Tit. 5 von einer Sollausgabe von 5336 Mk. 3874 Mk. eingest. In der Fortsetzung der Domainverwaltung waren betreffs des Bisthums Osnabrück laufende Abgaben und Renten im Werthe von 1876 Mark, im Fortsetz der Fortsetzung Verwaltung, Lieferungen, baare Auslagen, Kapitalien und Renten im Werthe von 1386 Mark eingest. Nach dem Finalabschluss der Generalstaatskasse betrug die Ist-Einnahme bei den Nebenfonds betreffs des Sammelcontos u. s. w. 16 065 397 Mark, und zwar Bestand von 1884/85 15 600 803 Mark, an neuen Einnahmen 464 593 Mk. Die Ist-Ausgabe belief sich auf 15 597 Mk. (Rückzahlungen auf abgelieferte Beträge eingestellter Staatsleistungen). Es bleibt demnach ein Bestand von 16 049 799 Mk.

Frankfurt a. M., 1. Febr. [Schulen für schlecht benagelte Kinder.] Unsere Stadt dürfte in kurzem ihre zahlreichen Schulen um eine neue, eigenartige vermehrt sehen, deren Vorbild freilich in Köln bereits seit Herbst v. J. besteht. Gutem Vernehmen nach geht man nämlich auch hier für geistig mangelhaft benagelte, schwach befähigte Kinder, die sich jetzt durch alle Unterrichtsanstalten zerstreut finden, einen gesonderten Unterrichtsgang einzurichten, dessen Lehrweise dem niederen Grade der Begabung sich anpaßt. Eigentlich bildungslose Kinder, die sogenannten Idioten, kommen dabei ebensowenig in Betracht wie etwa denkfaule und mühsam lernende Schüler. Es handelt sich vielmehr um jene Mittelstufe, deren Feststellen in Folge körperlicher Gebrechen, Krankheiten und anderer Ursachen schwach und kraftlos, bei sorgfältiger Pflege doch noch weiter zu beleben und entwicklungsfähig ist. Allerdings kann letzteres bei kleiner Schülerzahl in demselben Raume nur durch einen äußerst tüchtigen Lehrer geschehen. Vorkläufige Erhebungen in den hiesigen niederen Schulen haben eine Anzahl von über 300 Knaben und Mädchen ergeben, welchen seitens ihrer Lehrer obige Geistesbeschaffenheit zugesprochen wird. In den zumeist recht vollen Klassen sind sie bisher nur Ballast und Hinderniß beim Fortschreiten gewesen, bis man schließlich die Nachzügler unbeachtet zurückließ, sie für „dienuntauglich“ erklärte. Die günstigsten, vielversprechenden Anfänge der Kölner Schule und die Ergebnisse der Eberfelder und Grefelder Anstalten haben aber inzwischen das Gegenheil erwiesen und dürften bei Einrichtung des für Frankfurt geplanten Unterrichtes zur vollen Verwerthung gelangen.

In Koblenz erstob sich, der „Eberf. Btg.“ zufolge, am 30. Januar ein junger Premier-Offizier, der wegen Mißhandlung eines Soldaten zur Verantwortung gezogen war.

Worms, 1. Febr. Gegen den Abg. Marguarden hat die freisinnige Partei den Abg. Dr. Alexander Meyer in Berlin aufgestellt. Letzterer hat die Candidatur angenommen.

England. Von einem seitjahren Einbruchversuch berichtet der Londoner Berichterstatter der „B. Pr.“ wie folgt: Die junge Prinzessin Alice von Albany, Enkelin der Königin Victoria (gleichfalls Enkelin des Fürsten Georg Victor von Baden), ist dieser Tage einer großen Gefahr entgangen. Die Prinzessin, welche vier Jahre alt ist, hatte zum Neujahrsfest eine Menge Puppen erhalten, die sie in ihrem eigenen Schlafzimmer aufbewahrte. In der Nacht drangen nun drei Diebe mit Hilfe einer Leiter in das im ersten Stockwerk des Palastes von Claremont gelegene Gemach der Prinzessin. Beim Geräusch der zerfallenen Fensterscheiben erwachte die Kleine, und da sie glaubte, daß der Mann mit den Neujahrsgechenken — worunter wohl der englische Knecht Ruprecht gemeint sein wird — abermals komme, äußerte sie ihre Zufriedenheit durch ein so helles, lustiges Gelächre, daß die im nächsten Zimmer schlafenden Wärterinnen gleichfalls munter wurden und herbeiliefen. Sie kamen gerade noch zurück, um die drei Diebe zu sehen, die sich eilfertig zurücksogen und, durch die Finsterniß begünstigt, verschwand. Die gegen die Mauer angelegte Leiter und das zerfallene Fenster waren die einzigen Spuren des mißglückten Attentats.

Italien. Der Kampf zwischen Italien und Abyssinien hat ernstlich begonnen; aber es ist die europäische Macht, welche den ersten schweren Schlag erhalten hat. Am 24. v. M. hatte der italienische Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, geringschätzig in der Kammer ausgerufen: „Raffen wir uns nicht durch ein paar abyssinische Büschelweber (oder nach einer anderen Lesart: durch vier abyssinische Stroche) beunruhigen; sie verdienen unsere Aufmerksamkeit kaum!“ Zwei Tage später, am 26. Januar, wurden, wie aus einer im heutigen Morgenblatt enthaltenen Depesche hervorgeht, drei italienische Compagnien und 50 Mann Irreguläre von eben jenen „Büschelwebern“ unter Führung des abyssinischen Generals Ras Auala aufgerieben und zwar in ziemlicher Nähe von Massaua. Der Graf Robilant kann wegen seiner zuwiderfälligen Auffassung der Lage am Hofen Meere weniger verantwortlich gemacht werden als der Befehlshaber von Massaua, General Gené, auf dessen rofigen Bericht sich der Minister stützte. Es zeugt von wenig Wachsamkeit, daß dieser General von der planmäßigen Vorwärtsbewegung großer Massen abyssinischer Truppen keine oder erst dann Kunde zu erlangen vermochte, als es zu spät war. Graf Robilant sprach in der Kammer auch davon, daß Italien keine „Expansionspolitik“ in Afrika beabsichtige. Diese Erklärung nahm sich schon wunderbar genug aus gegenüber der Thatsache, daß die Italiener seit zwei Jahren sich in Massaua nicht vom Fleck gerührt haben, und sie wird nun durch die jetzt gemeldeten Ereignisse grell beleuchtet. Italien verzichtet in Afrika auf die „Expansionspolitik“ einfach, weil es nicht im Stande ist, sie zu üben. Abyssinien hat ihm bisher verwehrt, sich auszudehnen, und ist allem Anschein nach entschlossen und vorbereitet, die Italiener auch fernerhin nicht nur nicht über Massaua und dessen nächste Umgebung hinauszukommen zu lassen, sondern auch noch von dort wieder zu vertreiben. Italien wird gegenüber der von ihm unterschätzten afrikanischen Macht genug zu thun haben, um Massaua zu halten, auf dessen Befestigung es Millionen verwandt hat. Weitere Millionen bedarf es jetzt zu seiner Vertheidigung.

Norwegen. Christiania, 2. Februar. Das Störching ist heute mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher mehrere Gesetzesvorschläge, darunter solche über die Heeresorganisation und das gerichtliche Verfahren in Strafsachen, angekündigt werden. (W. Z.)

Belgien. Brüssel, 2. Febr. Wie in Deputirtenkreisen heute verlautete, dürfte der Finanzminister binnen kurzem von den Kammern einen Credit von 50 Millionen Frös. für Zwecke der Armee, sowie für Befestigungsarbeiten um Antwerpen und zwischen Sambre und Meuse beanspruchen.

Türkei. Konstantinopel, 2. Februar. Die bisherige Quarantäne für Probenierern aus Barna und Mustafa Pascha bei Adrianopel ist aufgehoben. Dafür ist eine ärztliche Untersuchung angeordnet.

Indien. Bombay, 31. Januar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben, wie schon gemeldet, die Duranis, aufgeschaltet vom Gouverneur von Candahar, am 8. ds. das Fort Kala Abdulla, eine kleine Feste zwischen Bishin und der Khojal-Bergkette, angegriffen, um den britischen Agenten und den benachbarten Ingenieuren jenes Theiles der Quetta-Eisenbahn zu tödten. Beide waren jedoch zu der Zeit nicht in dem Fort. Die Duranis melkten den Khan und 100 Kulis nieder und zerstörten die Telegraphenlinie. Seit dem Beginn des Baues der Eisenbahnstrecke von Gulistan nach Chaman Chauti, an dem Eingang des Khojal-Passes, hat der Gouverneur von Candahar jeden vor Quetta Kommanden gezwungen, für sein gutes Verhalten Sicherheit zu stellen. Der Emir von Afghanistan ernannte mehrere Khans in Chaman Chauti, um die Duranis daran zu verhindern, gegen die Engländer zu intrigieren. Man fürchtet Widerstand bei der Fortsetzung der Bahn über Chaman Chauti hinaus. Viele Truppen des Emirs sind der Kälte zum Opfer gefallen bei der Verfolgung der ausländischen Ghilzais. Gholan Seder Khan, der Anführer der Ghilzais, theilt in einem Schreiben an Ayub Khan mit, daß er den Dienst des Emirs verlassen hat, um einen Aufstand im Interesse Ayubs zu entzünden. Der Berrath der Djaraks habe ihn aber gebindert. Er erwarte jetzt Unterstützung von Ayub Khan.

Birma. Mandalay, 31. Januar. Der Limbin-Fürst soll eine große Menge seiner Anhänger in den Shan-Saaten um sich geschaart haben. General Roberts wird sich, begleitet vom buddhistischen Oberpriester und 40 Bhungyis morgen nach Rangun begeben.

Von der Marine. [Schiffsbewegungen.] Kanonenboot „Ecylop“ Poststation: Kamerun. — Panzer-Fregatte „Friedrich Rarl“ Wilhelmshaven. — Kreuzer „Habicht“ Casbiadt. — Aviso „Coreley“ Malta. — Kreuzer-Corvette „Lute“ Wilhelmshaven. — Panzerfahrzeug „Müde“ Wilhelmshaven. — Kreuzer „Nautilus“ Hongkong. — Kreuzer-Geschwader (Schiffe „Bismarck“, „Carola“, „Olga“) Poststation: Zanzibar. — Kreuzer „Abatros“ Sidney (Australien). — Kreuzer „Möwe“ Zanzibar. — Kanonenboot „Ghane“ Zanzibar. — Corvette „Nixe“ bis 8. Februar Puerto Cabello (Venezuela), dann Kingston (Jamaica). — Kanonenboot „Wolf“ Hongkong. — Kreuzer „Adler“ Sidney (Australien). — Panzer-Corvetten „Janja“ und „Sachien“ Kiel. — Schulgeschwader (Kreuzerfregatten „Stein“, „Brig Adalbert“ und „Molke“) St. Thomas (Westindien). — Kreuzer-Corvette „Sophie“ Poststation Zanzibar.

Am 4. Februar: 6. u. 7. 4. 4. 4. Danzig, 3. Februar. W. u. B. bei Tage, W. u. B. 3, 55 Abd. Wetter-Aussichten für Freitag, 4. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Belsch trübe und neblig bei mäßiger, meist westlicher Luftbewegung mit Niederschlägen und wenig veränderter Temperatur.

Eisenbahnbauten in der Provinz. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat dem Abgeordnetenhaus jochen einen umfangreichen Bericht über die neuen Eisenbahnbauten vorgelegt. Wir entnehmen demselben über Bahnbauten in Westpreußen Folgendes:

Umbau des Bahnhofs in Elbing. Die im Vorjahre begonnene Umgestaltung und Erweiterung des Bahnhofs Elbing ist vollendet und abgerechnet. Zur Befreiung der Kosten sind von der bewilligten Summe von 300 000 Mk. im Ganzen 288 339 Mk. 2 J. erforderlich gewesen.

Eisenbahn Jablonowo-Soldau. Die gesetzlichen Vorbereitungen für den Bau der Bahn sind erfüllt. Das zum Bahnbau erforderliche Land ist im Kreise Strassburg vollständig, im Kreise Neidenburg größtentheils überwiesen. Die Erdarbeiten sind bis auf einzelne Reste vollendet. Die Ausführung der Brücken, Wegeleber- und Unterführungen ist für die ersten 40 Kilometer von Jablonowo aus nahezu beendet, auf der übrigen Strecke sind dieselben sämmtlich in Angriff genommen. Für die Herstellung des Oberbaues ist das erforderliche Eisen- und Schwellenmaterial beschafft, der erforderliche Kies angeliefert. Die Hochbauten auf der Strecke Jablonowo-Strassburg sind soweit fertiggestellt, daß die Inbetriebnahme dieser Theilstrecke am 1. November 1886 hat erfolgen können. Für die Reststrecke Strassburg-Soldau ist die Betriebseröffnung zum 1. September 1887 in Aussicht genommen. Das bewilligte Baukapital, einschließlich des staatsseitigen Zuschusses von 375 000 Mk. an den Grunderwerbskosten, beträgt 6 005 000 Mk.

Eisenbahn Allenstein-Soldau-Ilowo. Die gesetzlichen Vorbereitungen für den Bau der Bahn sind erfüllt. Die speciellen Vorarbeiten sind beendet. Nachdem das specielle Project für die Theilstrecke Allenstein-Hohenstein festgestellt, ist der Bau dieser Strecke durch inzwischen erfolgte Ausbietung von Erdarbeiten, Beschaffung von Baumaterialien u. in die Wege geleitet. Die Prüfung des speciellen Projectes für die Strecke Hohenstein-Neidenburg-Soldau ist noch nicht beendet. Das bewilligte Baukapital beträgt 8 950 000 Mk.

[Ernennung.] Herr Gerichts-Assessor Halle hiersehl ist zum Amtsrath in Klattow ernannt worden.

[Frau Lang-Rath] Das in dieser Saison auf hiesiger Bühne beabsichtigte Gastspiel von Frau Agnes Lang-Rath, mit dem sich die geschätzte Künstlerin, die der Bühne überhaupt Valet zu sagen die Absicht hat, von ihren hiesigen zahlreichen Freunden verabschieden wollte, wird leider nicht zu Stande kommen; es wird aber gewiss Vielen eine angenehme Nachricht sein, daß auch in der bevorstehenden Wabestation die lebenswichtige Künstlerin, diesmal auch in Begleitung ihres Gemahls, des Directors Georg Lang, der bekanntlich das künigl. Theater am Gartnerplan in München mit bestem Erfolge leitet, wieder herkommen will, um in Bröhen, ihrem beiderseitigen Lieblingsplätzchen von früher, einige Wochen zu wohnen.

[Bürger-Versammlung.] Gestern Abend tagte im unteren Saale des Gewerbehause eine Bürgerversammlung, die von etwa 30 Herren besucht war, um über die beabsichtigte Errichtung einer lateinischen höheren Bürgerschule zu beraten. Die Debatten hatten das Ergebnis, daß eine solche Schule für unsern Ort als durchaus erforderlich erklärt wurde. Man wählte darauf ein Comité, bestehend aus den Herren Dr. Lehmann, Kirch, Bahl und dem Vorsitzenden Herrn Bäderrevisor Eugen Wendt, mit dem Rechte der Cooptation. Dasselbe soll die nachstehende Resolution revidiren, unterzeichnen und dem Magistrat unterbreiten. Die Resolution lautet, soweit ihr Inhalt bis jetzt feststeht: „Die unterzeichneten Bürger Danzigs halten die Errichtung einer lateinischen höheren Bürgerschule, möglichst schon von Ostern d. J. ab, für dringend notwendig und hoffen, daß der Magistrat und die Stadtverordneten darauf hinarbeiten werden, das angebotene hohe Schulgeld, welches dem minder begüterten Bürger auch die neu zu errichtende Anstalt für seine Söhne verschließen dürfte, niedriger zu bemessen.“

[Auanämischer Verein von 1870.] Gestern Abend sprach Herr Dr. Rosenstein vor Herren und Damen des Vereins über „Das Volkstheater und die Bildungsbefreiungen“. Er begann mit der Bemerkung, daß es sich wohl ziemte, von Zeit zu Zeit über die Grundlage aller der Bildungsbefreiungen sich klar zu werden, die heute, einer Kette gleich in größeren und kleineren Organisationen das gesammte Vaterland umspannen. Er legte dar, wie die Bedeutung, die man in der Gegenwart mit dem Worte „Bildung“ verbindet, erst ihren Ursprung in den Schriften der

